



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

12/XII/263 - 16. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24834 - 33

Fernwählfreier 0866390

Hinweise

auf den Inhalt:

Zum Chruschtschow-Interview	S. 1
Wilhelm Möllies, MdB.: Trennung der Gewalten	S. 2
Waffenlieferungen an Tunesien	S. 4
Lokalkrieg in Konstanz	S. 6
Zwei Glossen: Die Interesserverbände und das Wetter Ungenießbares Deutsch	S. 7

Das neue Angebot an die USA

sp. In einem mit Drohungen und Freundlichkeiten reichlich gespickten Interview hat der sowjetische Parteichef Nikolai Chruschtschow sein Angebot an die Vereinigten Staaten zu einem zweiseitigen Direktgespräch wiederholt. Die direkte Fühlungnahme mit den Vereinigten Staaten ist schon seit langem ein Herzenswunsch des mächtigsten Mannes im Krenl. Vorgrösse in dieser Richtung hat er schon lange vor dem Start von Sputnik I und II in das Weltall unternommen, ohne freilich dabei auf Gegenliebe bei der politischen Spitze in Washington zu stossen. Sein einige Male in dem Interview gemachter Hinweis auf die technische Überlegenheit der Sowjetunion in der Raketenentwicklung, auf die im Vergleich zur Sowjetunion grössere Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten im Falle eines Atomkrieges, der wohl die Niederlage für den Kapitalismus und den weltweiten Triumph des Kommunismus bringen würde, dürften allerdings kaum geeignet zur Herbeiführung eines Klimas sein, in dem fruchtbare Gespräche gepflogen könnten. Denn das ist genau die Sprache, die in Washington schlecht "ankommt" und die jenen Kräften in der amerikanischen Politik Rückendeckung gibt, die von Verhandlungen mit der Sowjetunion im jetzigen Zeitpunkt nichts wissen wollen. Dazu gehört vor allem der derzeitige Außenminister Foster Dulles, gestützt von einer Schicht einflussreicher Militärs und Politiker.

Gegen den gleichen Außenminister hat nun die "Washington-Post" selbst für amerikanische Verhältnisse ungemein heftige Angriffe gerichtet. Was er als seine bisherige Stärke bezeichnete, legt ihm diese bedeutende Zeitung als unverzeihliche Schwäche und Kurzsichtigkeit aus. Sie bezweifelt sein diplomatisches Geschick und seine Fähigkeit, die Züge und Absichten des Gegenspielers richtig einzuschätzen, wobei kaum wiederkehrende Gelegenheiten vertan wurden.

In der Tat: Es ist wirklich nicht einzusehen, warum man die Sowjetunion in diesem Stadium eines sich abzeichnenden Wettrüstens auf dem Gebiete der ferngelenkten Raketen und Atomwaffen nicht beim Wort nehmen soll. Selbst ein Chruschtschow weiss vielleicht besser als jeder andere, dass auch angesichts der kreisenden Monde, über die die Vereinigten Staaten noch nicht verfügen, Washington durchaus in der Lage ist, von einer Position der Gleichwertigkeit zu verhandeln. Überdies wird die Welt fast täglich mit Versicherungen amerikanischer Militärs und Politiker überschüttet, sie könnten jederzeit zu vernichtenden Gegenschlägen ausholen. Auf der Basis gleicher militärischer Machtentfaltung, die sich gegenseitig mattsetzt, wäre also durchaus ein Gespräch gegeben. Es nur zu versäumen, bedeutet, daß wir vielleicht in eine Entwicklung eintreten, die weder Washington noch Moskau mehr kontrollieren können.

+ + +

- 2 -

Trennung der Gewalten ?

von W. Mellies

Bei der Diskussion um die organisatorischen Änderungen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird immer wieder auf die sogenannte "Trennung der Gewalten" hingewiesen; politische Entscheidungen und Verwaltungsaufgaben müssten strikt voneinander getrennt werden. Zum Vergleich wird die im demokratischen Staat selbstverständliche Regelung angeführt.

Eine Parteiorganisation kann aber niemals mit dem Staatsorganismus verglichen werden. Wenn man es trotzdem tun will, muss man allerdings auch die Zuständigkeiten richtig sehen. Wenn man einen solchen Vergleich durchführen will, wäre wohl nur der Parteitag als das "Parlament" der Partei anzusehen. Über die Notwendigkeit, dem Parteiausschuss stärkere Rechte in die Hände zu geben, gibt es wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Der Parteiausschuss wäre dann das "verkleinerte Parlament" zwischen den Parteitagen oder auch der "Hauptausschuss des Parlaments".

Die "Regierung" wäre aber bei einer solchen Betrachtung immer der vom Parteitag gewählte Parteivorstand. Er trüge in seiner Gesamtheit die Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse sowohl des Parteitages als auch des Parteiausschusses. Nun sind in einer politischen Partei die politischen Entscheidungen und Massnahmen aber so stark mit der Gesamtarbeit verknüpft, dass man eine klare Trennung überhaupt nicht durchführen kann. Wollte man es versuchen, so würde das zu den Kompetenzstreitigkeiten führen, auf die ja im Bereich der staatlichen Verwaltung so sehr viel Zeit und Kraft verwandt wird. Das wollen wir uns in der Partei aber doch wohl ersparen.

Wie schwierig es augenblicklich ist, eine solche Gewaltenteilung vorzunehmen, ergibt sich ja schon aus der bisherigen Diskussion. Soweit ich sehe, besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass der Kassierer in jedem Falle Mitglied des Parteivorstandes sein soll. Damit bleibt aber die wichtigste und entscheidendste Verwaltungs-

funktion innerhalb der Partei schon in diesem Gremium. Es wird sicher niemanden geben, der nur einen Augenblick den Gedanken vertritt, der Kassierer dürfe nicht Mitglied des Parteivorstandes sein. Wenn man sich einmal der Mühe unterziehen würde, festzustellen, welche Aufgaben denn nun rein verwaltungsmässig bearbeitet werden sollen, würde man sehr schnell am Ende sein. Bisher ist mir zum Beispiel noch nicht klar geworden, welche Aufgaben der sehr oft vorgeschlagene Generalsekretär denn nun eigentlich haben soll, ohne in stärkster Masse in den politischen Bereich einzugreifen und die Entscheidungen dort zu beeinflussen.

Die Partei kann keinen reinen "Verwaltungsapparat" gebrauchen. Ihre Funktionäre haben immer die Aufgabe gehabt und werden sie auch in Zukunft haben, für die Schulung und Beratung zur Verfügung zu stehen. Diese Aufgabe kann aber niemals geleistet werden von reinen Verwaltungskräften. Man braucht vielmehr Kräfte, die für alle politischen Fragen aufgeschlossen sind. Wer nicht mit seiner ganzen Überzeugung an diese Arbeit herangeht, wird darin nichts leisten. Ich darf nur daran erinnern, dass zum Beispiel in den ländlichen Bezirken unsere Gemeindevertreter ohne die ständige Hilfe und Beratung des Parteisekretärs nicht auskommen können. Wenn man aber an der Spitze eine solche reinliche Scheidung vornehmen will, muss man sie wohl bis zum Unterbezirk, ja, bis zum Ortsverein durchführen.

Nun gehen alle diese Überlegungen auf Gewaltentrennung wohl in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus, an der Spitze der Partei organisatorische und personelle Änderungen vorzunehmen. Das kann man aber doch auch erreichen ohne solche gewagten und undurchführbaren Konstruktionen vorzuschlagen. Es wird nicht so schwer sein, eine richtige Verteilung der Arbeit vorzunehmen. Entscheidend kann nur sein, wie die Arbeit innerhalb der Partei aktiviert werden kann. Durch organisatorische Massnahmen, die überhaupt nicht in den Rahmen einer politischen Partei passen, kann man aber die Arbeit nicht fördern, sondern im Gegenteil nur zu einem erheblichen Teil lähmen.

Französische Verstimmung

-ler. Die Vorbereitungen für die im Dezember fällige Konferenz der NATO-Staaten, an der auch die Regierungschefs teilnehmen werden, stehen unter ungünstigen Vorzeichen. Die amerikanisch-britischen Waffenlieferungen an Tunesien erweisen sich als eine kaum mehr tragbare Belastungsprobe für die Beziehungen innerhalb der drei führenden Westmächte. Vor einem Jahr drohte die NATO über das von Frankreich und Grossbritannien inszenierte Suez-Abenteuer in die Brüche zu gehen; unter Aufgebot ihrer ganzen Macht und ihres Prestiges stemmten sich die Vereinigten Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen der Ausweitung des Suezkrieges zu einem Weltbrand entgegen. London und Paris wurden gezwungen, ihr Abenteuer abzubrechen, und es währte fast ein Jahr, ehe die durch das einseitige Vorgehen Frankreichs und Englands so schwer angeschlagene Allianz wieder einigermaßen funktionierte.

War es damals Ägypten, das die Einheit und Harmonie der NATO-Partner in Frage stellte, so ist es heute die nordafrikanische Republik Tunesien, die sich als Stein des Anstosses erweist. Der Beschluss der amerikanischen und britischen Regierung, diesem Staat - und zwar auf sein eigenes, dringendes Bugehren hin - Waffen zu liefern, hat in Frankreich Bestürzung, ja, helle Empörung, ausgelöst. Paris betrachtet diese Waffenlieferungen als einen gegen sich gerichteten Affront von Verbündeten, als eine Verletzung der Methoden und Prinzipien der NATO und als eine Herausforderung des französischen Prestiges in Nordafrika. Dass Frankreich in diese Lage durch eigene Schuld - Schuld seiner Regierungen - hineingeraten ist, wird freilich übersehen. Heute bekommt es die Folgen seines Widerwillens zu spüren, in der Frage Algier reinen Tisch zu machen.

Wie unheilvoll verfahren muss eine Lage sein, wenn sogar London und Washington über den Kopf von Paris hinweg und ohne vorherige Konsultation der neuen französischen Regierung mit der Unterstützung des tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba einen Schritt taten, der so stark französische Empfindlichkeiten verletzte und Frankreich vor der ganzen arabischen Welt diskreditieren muss? Offenbar sind heute

Grossbritannien und den Vereinigten Staaten die Gewinnung von Sympathien, Freundschaften und verlorenen Bodens in der arabischen Welt wichtiger als Rücksichtnahme auf Frankreichs nordafrikanische Sonderinteressen. Diese Sonderinteressen sind geradezu in einen gordischen Knoten von Kolonialismus und blutiger terroristischer Unterdrückung in Algier verdrichtet. Der tunesische Staatspräsident, ein dem Westen wohlgesinnter und auf westlichen Universitäten geschulter Politiker, hat niemals sein eigentliches Ziel verschwiegen: Die Schaffung einer Föderation von unabhängigen nordafrikanischen Staaten mit einem von französischer Vorherrschaft befreiten Algerien als verbindendem Mittelglied. Aus diesem Grunde unterstützte er auch die algerischen Aufständischen, brachte er in Verbindung mit anderen arabischen Ländern die Algier-Frage wiederholt vor das Forum der Vereinten Nationen, verlangte er und erhält er nun Waffen, um seine Stellung im Innern wie auch nach aussen mehr Nachdruck zu verleihen.

Diese Waffen hätte er sich auch anderwärts wohl geholt, wenn sie nicht aus westlichen Ländern kommen würden. Aus den unliebsamen Rückwirkungen ihrer Syrien- und Ägypten-Politik haben vor allem die Vereinigten Staaten die Lehre gezogen, nicht alle Wünsche arabischer Länder einfach in den Wind zu schlagen. Die Sowjet-Union lässt sich solche Gelegenheiten nicht entgehen. Im Falle Tunesien nahmen die USA den Unmut und den Zorn Frankreichs in Kauf, standen sie doch vor der Wahl, als Komplize einer überlebten Kolonialpolitik verächtigt zu werden oder aber zu verhindern, dass Tunesien durch Waffenlieferungen aus Ländern des Ostblocks in die Einflusszone der Sowjet-Union gerät. Syrien bereitete ihnen sowieso schon genug Kopfschmerzen, hier stehen die Vereinigten Staaten vor den Trümmern einer verfehlten Ost-Politik, mit Tunesien wollten und konnten sie es nicht verderben. Vielleicht mag auch die für Frankreich sehr peinliche Überlegung dabei eine Rolle spielen, mit Hilfe des so gestärkten und als Sprecher der arabischen Welt anerkannten tunesischen Staatspräsidenten Bourgiba die Bahn für neue Ansatzpunkte in der Diskussion um das Algier-Problem frei zu bekommen. Ein in Blut und Terror versinkendes Algier bildet eines der schwächsten Glieder in der Verteidigung der westlichen Welt, wobei noch seine unglückliche Rolle kinzukommt, den Gegnern dieser westlichen Welt als willkommener Anklagepunkt zu dienen.

Lokalkrieg in Konstanz

M.H. In Baden-Württemberg wird das Oberhaupt einer Stadt durch das Volk gewählt. In Mannheim führte das seinerzeit nach vollzogener Wahl zu peinlichen Auseinandersetzungen. In Konstanz begann es damit schon vor der Wahl. Die CDU konnte sich nicht auf einen Kandidaten einigen. In ihren Reihen brach ein Konfessionsstreit aus, der zu der Nominierung eines katholischen und eines evangelischen CDU-Kandidaten führte.

Die evangelische Minderheit hat in Konstanz keine Aussicht, ihren Kandidaten durchzubringen. Aber auch der Kandidat des katholischen Flügels der CDU schaffte es nicht. Er erhielt im ersten Wahlgang 10 758 Stimmen und damit nicht die erforderliche absolute Mehrheit.

Der nun folgende II. Wahlgang brachte die Auseinandersetzung auf Siedehitze. Die evangelische CDU-Gruppe etablierte sich als "Konstanzer-Block." Er fand heraus, dass der Kandidat des katholischen CDU-Flügels angeblich ein gegen ihn schwebendes Verfahren verschwiegen hatte. Es begann ein "lustiger" Plakatkrieg der feindlichen Brüder. Der Konstanzer-Block liess an Erde sogar an allen Plakatsäulen ein Plakat mit einem Brief des Ministerpräsidenten Baden-Württemberg anbringen. Daraus ging eindeutig hervor, dass gegen den katholischen CDU-Kandidaten tatsächlich ein Untersuchungsverfahren schwebt. Diese Plakate wurden an helllichten Tagen von den Anhängern des gegnerischen Kandidaten heruntergerissen.

Unter solchen Vorzeichen fand kürzlich der zweite Wahlgang statt. Ergebnis: Holmlé (CDU-katholischer Flügel) 10 964 Stimmen, Diesbach (SPD) 8 206 Stimmen, Simon (CDU-evangelischer Flügel) 2 496 Stimmen. Bemerkenswert ist, dass der SPD-Kandidat seine Stimmzahl von 5 585 auf 8 206 steigern konnte. Zur Bundestagswahl hatte die SPD 6 686 Stimmen erhalten.

Demit war der in so massiver Weise angegriffene Kandidat gewählt. Er kann aber dennoch sein Amt nicht antreten. Die Wahl ist angefochten worden und der Rat wird über den Einspruch zu entscheiden haben. Da aber auch beim Generalstaatsanwalt Anzeige erhoben wurde, wird zunächst auf dieser Ebene verhandelt werden müssen.

Die Interessenverbände und das Wetter

K.H. Auf einer kürzlich abgehaltenen Verbandstagung protestierten die Gastwirte des Eifel-Kreises Schleiden gegen die Verlautbarung des Wetterdienstes, nach der "in der Eifel Regen" zu erwarten sei. Sie sehen in diesen sich wiederholenden Schlechtwetterprognosen, die geeignet sind, Touristen vom Besuch abzuhalten, eine "schwere Geschäftsschädigung". Man sollte für die energische Verbandsforderung nach schönem Wetter ein gewisses Verständnis aufbringen, denn der kleine Gastwirteverband nahm sich doch nur ein Beispiel an der Tätigkeit der grossen Bruderverbände in Bonn. Es hat sich eben schon bis ins letzte Eifelort herumgesprochen, dass die in Bonn vertretenen Interessenverbände über vieles - zu vieles in der Bundesrepublik - zu entscheiden haben und dass sie zum Beispiel über die Besetzung der einzelnen Ministerien verfügten und dass ihre Wünsche massgebend das wirtschaftliche und politische Geschehen der Bundesrepublik beeinflussen.

Aus diesen Gründen werden sich in Zukunft die Interessenverbände sehr ernsthaft mit dem Problem des Wetters zu beschäftigen haben. Denn wo kommen wir hin, wenn hierzulande der Wind weht wie er will und nicht wie es den Interessen der Verbände entspricht? Nähern wir uns nicht dem Abgrund der Anarchie, wenn nicht auch das Wetter von den Managern der Interessenverbände gestimmt wird?

Ungeniessbares Deutsch

K.J. Gesetze werden für das Volk gemacht - aber das Volk kann sie nicht lesen. Wenn es je eine schwierige Lektüre gegeben hat, dann sind es die Gesetzestexte. Ohne Durchführungsverordnung taugen sie zumeist überhaupt nichts. Eine schwer verdauliche Speise, die oft allzuschwer sogar in den ansonsten guten Mägen der Experten liegt...

Dass den Normalmenschen Gesetzestexte eingehen wie Honigseim, kann man nicht erwarten. Das muss auch nicht sein. Paragraphenwerke gehören nicht zur Unterhaltungsliteratur. Ist es so unmöglich, sie lesbar zu machen? Wir haben doch unsere gute deutsche Sprache, mit der wir alles sagen können, einiges Geschick vorausgesetzt!

"Auch die Gesetze sollten in einer guten und verständlichen Sprache abgefasst sein", sagte jetzt der frühere SPD-Ministerpräsident Högnér im bayrischen Landtag, und er drückte damit die Wünsche vieler Parlamentarier und sicher Hunderttausender vom Gesetzeschinesisch gequälter Behördenmenschen aus. Högnér wollte die stilistische Änderung des neuen Strassengesetzes. Aber die Bitte um besseres Deutsch fand bei der CSU zugestopfte Ohren: Sie stimmte gegen den Antrag.

Der mit Gross-A und Klein-B, mit Römisch-Drei, Klammerauf-Klammerzu, furchterregenden Abkürzungen und noch schrecklicheren Satzkonstruktionen verholzte Substantivismus der Gesetzestexte wird also weiter durch die Antistuben stelzen. Auch im neuen Münchener Strassengesetz bleibt für's gute Deutsch Parken verboten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel